



**Haushaltsrede von Bürgermeister
Jörg von Borczyskowski
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2026
in den Rat der Stadt Gronau am 17.12.2025**

Sperrfrist: 17.12.2025, 19:30 Uhr, Ende der Rede

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute ist für mich ein besonderer Moment:

nach mehr als 25 Jahren im Rat meiner Heimatstadt stehe ich in einer neuen Rolle hier und darf Ihnen als Bürgermeister den Haushalt 2026 der Stadt Gronau einbringen.

Ich kann ehrlich sagen, es fühlt sich noch immer ein wenig unwirklich an, denn ich habe diesen **„Seiten- und Perspektivwechsel“** vom Ratsmitglied in die Verantwortung der Verwaltungsleitung nicht als Lebensplan verfolgt.

Und dennoch: mit der Übernahme der Amtsgeschäfte ist mir sehr schnell klargeworden, was für diese Aufgabe jetzt zählt – **Verantwortung, Führung und Verlässlichkeit** für die Menschen in Gronau und Epe, für die Mitarbeitenden in der Verwaltung und für uns alle hier im Rat.

Jeder, der Kommunalpolitik macht, kennt diesen Gedanken: wenn man schon einmal die Möglichkeit hat, einen Haushalt einzubringen, dann wünscht man sich, aus dem Vollen schöpfen zu können. Man wünscht sich Gestaltungsspielräume, Investitionen und viele Projekte, die den Alltag der Menschen verbessern – kurz: die Chance, die eigene Stadt weiter voran zu bringen und lebenswert zu gestalten.

Ich muss aber gleich zu Beginn offen sagen: leider ist diese Ausgangslage nicht in der Form gegeben, wie ich sie mir und uns allen wünschen würde!

Ich habe in den vergangenen Jahren selbst immer wieder darauf hingewiesen, dass sich das strukturelle Ungleichgewicht in unserem Haushalt vergrößert – dass Pflichtaufgaben wachsen, Einnahmen nicht Schritt halten und die Finanzlage der Stadt dadurch zunehmend prekär wird.

Das waren keine abstrakten Warnungen, sondern der Versuch, frühzeitig und ehrlich auf das hinzuweisen, was sich längst für jeden offen abgezeichnet hat.

Nach der Übernahme der Amtsgeschäfte musste ich feststellen, dass die finanzielle Lage unserer Stadt noch ernster ist, als ich es selbst – trotz aller Befürchtungen – angenommen hatte.

Das wird die anschließende Präsentation unseres Kämmerers Jörg Eising gleich im Detail aufzeigen. Darum lege Ich Ihnen heute einen Haushalt vor, der nicht den Auftakt in eine neue Phase großzügiger Gestaltung markieren kann, sondern den Einstieg in eine längst überfällige finanzielle Konsolidierung einläuten muss, um die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Das ist kein angenehmer Einstieg – weder für einen Bürgermeister, der heute zum ersten Mal einen Haushalt einbringt, noch für den Rat, der später das Budget berät und beschließt, aber es ist ein notwendiger Schritt.

Und es ist der Beginn eines Prozesses, den Politik und Verwaltung in den kommenden Jahren gemeinsam gehen müssen: konsequent, fair, transparent – und mit dem festen Willen, Gronau wieder finanziell handlungsfähig zu machen und gleichzeitig lebenswert zu gestalten.

Doch bevor ich weiter auf die lokalen Aspekte zu sprechen komme, möchte ich einen Blick über den Tellerrand werfen, denn wenn wir über unseren Haushalt sprechen, tun wir das in einer Zeit, in der sich die ohnehin angespannte Weltlage und auch die Finanzlage der Kommunen in Deutschland noch einmal dramatisch verschärft hat.

Was früher ein Warnsignal war, ist heute bittere Realität:

die Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, oder wie es der Hauptgeschäftsführer des Städtetages beschrieb: die Kommunen befinden sich in einer historischen Finanzkrise welche es zuvor in der Geschichte der Republik so nicht gegeben hat.

In Zahlen bedeutet das: das kommunale Defizit, das bereits im vergangenen Jahr bei 25 Milliarden Euro lag, wird in den kommenden Jahren auf bis zu 35 Milliarden Euro ansteigen – zurückgehende Investitionen sind dabei bereits berücksichtigt. Eine Zins-Verschuldungsspirale droht. Die Zinsausgaben der Kommunen sind um fast 19 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro explodiert. Kredite aus der Niedrigzinsphase laufen aus und neue Finanzierungen sind deutlich teurer.

Die föderale Finanzarchitektur ist damit völlig aus dem Gleichgewicht geraten!

Die Folge: immer mehr Kommunen geraten in eine strukturelle Schieflage. Laut einer aktuellen Umfrage des Städte- und Gemeindebundes schätzen drei Viertel aller Städte und Gemeinden in NRW ihre Finanzlage in den kommenden fünf Jahren als mangelhaft ein.

Nur noch zehn Kommunen gaben in der Umfrage an, in diesem Jahr einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu haben. Im Vorjahr waren es noch 15.

Keine einzige Kommune in NRW sieht sich derzeit in der Lage, ihre Aufgaben „**sehr gut**“ zu erfüllen.

Sehr verehrte Ratsmitglieder,

das ist mehr als ein Warnsignal – das ist ein permanenter Systemalarm. Denn wir Kommunen sind das Rückgrat unseres Staates. Wir tragen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Investitionen, wir sind die staatliche Ebene, auf der sich entscheidet, ob die Daseinsvorsorge funktioniert oder nicht, ob Schulen saniert werden, ob Straßen sicher bleiben und Kitas geöffnet sind und damit schlussendlich der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft vor Ort gelingt – oder ob er zerbricht!

Bund und Länder überlegen sich in den letzten Jahren ständig neue Aufgaben und übertragen diese dann den Kommunen, setzen neue Standards und beschließen Leistungen, deren Finanzierung anschließend dann auch wieder auf den Schultern der Kommunen landet.

Viele dieser Aufgaben – etwa in der Sozialhilfe, bei der Kinderbetreuung oder der Unterbringung von Flüchtlingen – sind bundesgesetzlich geregelt, aber nicht ausreichend gegenfinanziert.

Das alte deutsche Sprichwort: **“Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!”**

gilt für die Politik in Brüssel, Berlin und Düsseldorf leider schon lange nicht mehr. In der Realität läuft es inzwischen nach einem anderen Muster ab: Brüssel bestellt die Musik, Berlin bestimmt welche Stücke gespielt werden und Düsseldorf bestellt obendrauf noch 1-2 Zugaben.

Und wir Kommunen? Wir bauen die Konzerthalle, bezahlen die Künstlergagen und übernehmen die Getränkerechnung und dürfen dann dem Publikum auch noch erklären, warum der Sound nicht ganz so klingt wie erwartet und die Karte dennoch 250,00 Euro kostet – Rückerstattung natürlich ausgeschlossen!

Manchmal zweifelt man deshalb daran, ob Bund und Ländern die Dramatik der kommunalen Finanzkrise überhaupt klar ist.

Die Städte und Gemeinden in NRW hatten sich darauf verlassen, durch das **“Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität”** des Bundes endlich einen Teil ihres riesigen Investitionsstaus aufholen zu können. Sie hatten darauf vertraut, dass das Land,

welches für die Verteilung zuständig ist, die rund 80 Prozent an sie weiterleiten wird, die gemessen am durchschnittlichen Anteil der Kommunen an den Investitionen der öffentlichen Hand in NRW der letzten Jahre angemessen wären.

Bekommen werden sie gemäß des vom Landeskabinett beschlossenen Gesetzesentwurfes vom 4. November jedoch lediglich rund 60 Prozent.

Somit ist nur etwa die Hälfte des NRW-Anteils am Bundessondervermögen für den örtlichen Investitionsbedarf der Kommunen direkt verfügbar. Bundesweit heißt das: obwohl die Kommunen für ca. 60 Prozent der Investitionen der öffentlichen Hand verantwortlich sind, erhält die kommunale Familie aus dem gesamten 500 Milliarden schweren Investitions-Booster-Paket nur 20 Prozent!!!

Für die Stadt Gronau bedeutet dies konkret eine Summe von knapp 20 Millionen Euro für zwölf Jahre, umgerechnet also etwa 1,65 Millionen Euro pro Jahr.

Ein Tropfen auf den sprichwörtlich „heißen Stein“ - auch wenn es ein ordentlicher Tropfen ist zugegebenermaßen – bleibt es nichtsdestotrotz ein Tropfen und löst nicht das Grundsatzproblem: Bund und Land nötigen den Kommunen zu viele konsumtive Aufgaben auf, ohne die finanziellen Folgen zu tragen.

Was die Auszahlungsmodalitäten angeht, stehen noch einige Fragen im Raum und der Landesgesetzgeber muss diese nun endlich schnell und unbürokratisch lösen.

Wir haben in Gronau allerdings nicht die Zeit mehr, um auf endgültige Beschlüsse zu warten und haben uns deshalb im vorliegenden Entwurf dazu entschlossen die Gelder bereits komplett einzusetzen. Der Kämmerer wird dazu gleich die Details liefern.

Um es also ganz klar zu sagen: wenn der Gesetzesentwurf hier noch maßgeblich geändert wird und uns die aufgezeigte Möglichkeit der direkten und schnellen Inanspruchnahme dieser 20 Millionen verwehrt wird, benötigen wir sofort wieder 19,87 Millionen Euro weitere Kredite am Kapitalmarkt für unseren Haushalt 2026!

Damit beantworte ich an dieser Stelle auch gleich die Frage, welche sich bei einigen Ratsmitgliedern und in der Bürgerschaft sicherlich sofort gestellt hat, nämlich wie wir dieses zusätzliche Geld in neuen Projekten umsetzen können: leider ist das nicht möglich, da wir in Gronau schon so viele Projekte begonnen haben, dass wir diese knapp 20 Millionen Euro direkt zur Finanzierung verwenden sollten und damit den Kapitaldienst entlasten und unser strukturelles Defizit bekämpfen.

Und damit sind wir auch schon ganz konkret beim vorliegenden Haushaltsentwurf und es stellt sich die Frage, wo die Finanzen der Stadt Gronau vor den genannten Hintergründen einzuordnen sind.

Die Stadt Gronau ist damit (noch) in der Lage einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dennoch unterliegt der Haushalt der Genehmigungspflicht durch die Kommunalaufsicht.

Ich lege Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vor, der einen geplanten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 8,3 Millionen Euro ausweist.

Sie müssen sich jedoch darüber bewusst sein, dass dieser Jahresfehlbetrag bereits einen rechnerischen globalen Minderaufwand entsprechend § 79 Abs. 3 GO NRW enthält, ohne den das negative Jahresergebnis 12,3 Mio. € betragen würde.

Zusätzlich wird das tatsächliche Jahresergebnis durch einmalige Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 13,3 Millionen Euro verbessert.

Machen Sie sich für alle Planungen in der Zukunft klar: unser wirklicher Fehlbetrag im Haushalt beträgt aktuell 25,5 Millionen Euro. Gleichzeitig ist unsere Ausgleichrücklage vollständig aufgezehrt.

Ein „**weiter so**“ in der Finanzwirtschaft der Stadt kann es also nicht geben.

Die Gesamtaufwendungen belaufen sich auf 206 Millionen Euro, während Gesamterträge in Höhe von 194 Millionen Euro ausgewiesen werden.

Die Gesamtaufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Planansatz 2025 um rund 6 Millionen Euro, während sich die Gesamterträge um rund 19 Millionen Euro steigern.

Auch die mittelfristige Finanzplanung bis 2029 weist durchweg negative Jahresergebnisse zwischen 15 und 20,4 Millionen Euro aus. Die negativen Ergebnisse der kommenden Jahre müssen vollständig der Allgemeinen Rücklage belastet werden.

Ich komme daher nicht umhin in diesem Zuge sehr deutlich und unmissverständlich auf die **drohende Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes** entsprechend § 76 GO NRW hinzuweisen!

Mit dem vorliegenden Entwurf zum Haushalt 2026 schlage ich Ihnen eine Anpassung der Grundsteuern A und B an den fiktiven Hebesatz des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) vor. Die Westfälischen Nachrichten schrieben kürzlich, das sei eine Steuererhöhung, dabei sind wir bei unserem Vorschlag bewusst genau den landesgesetzlichen Vorgaben gefolgt. Weitere Steuererhöhungen sind im Haushaltsjahr 2026 bislang nicht vorgesehen.

Gleichwohl ist perspektivisch damit zu rechnen, dass aufgrund der weiterhin angespannten Haushaltslage und des steigenden Finanzbedarfs einzelner Aufgabenbereiche in den kommenden Jahren eine erneute Überprüfung der Hebesätze erforderlich sein wird.

Klar ist: wir haben eine Verantwortung gegenüber den städtischen Finanzen und Generationengerechtigkeit darf keine Worthülse sein.

Die Mittel, die heute konsumtiv gebraucht werden, müssen auch durch die jetzige Generation aufgebracht werden. Wenn ich gleich auf die Zinsen zu sprechen komme, dann müsste eigentlich jedem klar sein, dass wir in Verantwortung vor unserem Haushalt auch echtes Geld und keine Buchungstricks brauchen.

Denken Sie deshalb bei Ihren Anträgen zum Haushaltsplan 2026 an meine Ausführungen zur finanziellen Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, behalten Sie das Augenmaß und bedenken Sie, welche Konsequenzen und ggf. finanzielle Belastungen in den Folgejahren auf die Stadt Gronau zukommen werden.

Machen Sie sich klar: jede weitere Million Euro zusätzliche Investitionskredite bedeuten auch in jedem Jahr weitere 50.000 Euro Kapitaldienst.

Wir müssen uns daher der Verantwortung stellen, dass mit zusätzlichen Aufgaben und Projekten wir nicht nur die Ausgaben beschließen, sondern auch korrespondierende Einnahmen sicherstellen müssen.

Und das bedeutet im Klartext, die Steuern zu erhöhen, wenn zusätzliche Ausgaben und Aufgaben beschlossen werden, oder an anderer Stelle gleichwertige freiwillige Leistungen einzustellen! **Diese Zusammenhänge müssen jedem im Rat klar sein.**

Ich bin davon überzeugt, dass wir vor dem Hintergrund des drohenden übermäßigen Eigenkapitalverzehrs und der mit der Umsetzung des investiven Pflichtprogrammes einhergehenden Verschuldung in den kommenden Jahren Prioritäten anders setzen und den Haushalt konsolidieren müssen.

Dabei werden wir uns fragen müssen: sind wir zwingend verpflichtet, gewisse Aufgaben wahrzunehmen und dienen diese zur Aufrechterhaltung der notwendigen Daseinsvorsorge der Stadt? Das Bestehende bewahren, schützen und erhalten muss aus meiner Sicht Priorität haben vor der Parole: „**Höher, schneller, weiter!**“

In Zeiten knapper Kassen kann es nicht darum gehen, was schön wäre, es muss nur darum gehen, was wirklich nötig und erforderlich ist.

Die nächsten Jahre werden ein herausfordernder Weg für unsere Stadt.

Diesen möchte ich und werde ich mit Ihnen, den Ratsmitgliedern, dem Verwaltungsvorstand, den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gemeinsam gehen, dies möchte ich Ihnen gerne versprechen!

Meine Damen und Herren,

auch im Jahr 2026 stehen in Gronau große Investitionsschritte an – und ich sage ausdrücklich: viele davon sind trotz der angespannten Finanzlage richtig und notwendig. Diese priorisieren wir zu Recht, weil sie unsere Stadt dauerhaft funktionsfähig halten.

Die Erweiterung des **Werner-von-Siemens-Gymnasiums** auf G 9 befindet sich in der Umsetzung. Die **Fridtjof-Nansen-Realschule** erhält aktuell den Anbau mit den Fachräumen und wird weiter grundlegend saniert.

Mit dem Kreis Borken werden wir zeitnah über die Zukunft der Turnhalle an der Brändströmstraße sprechen. Mehr als 90 Prozent der Nutzungen sind kommunal, so dass wir – auf Initiative des Kreises - auch über die eigentumsrechtlichen Fragen Überlegungen anstellen wollen. Wichtig ist dabei, dass **der Standort für die Berufsschule in Gronau** weiter gesetzt ist und dauerhaft erhalten bleibt. Gestartet ist der **Neubau der Grünen-Aue-Schule**. Allein für diese drei in der Umsetzung befindlichen Baumaßnahmen sind Kosten von rund 55 Millionen Euro veranschlagt.

Für die **Martin-Luther-Schule** liegt der Baubeschluss vor, nachdem intensiv um Einsparungen gerungen wurde. Hier wird es zeitnah einen Baustart geben. Allein an diesem Standort werden die zugewiesenen Mittel für den OGS-Anbau in ganz Gronau und Epe ausgegeben und decken nicht einmal die Kosten, die Bund und Land der Stadt für den **OGS-Ausbau** zuweisen. Und bekanntlich ist an fast allen Schulstandorten Aus- und Aufbaubedarf für die OGS.

Das versteht also das Land unter Konnexität, wenn es um frühkindliche und schulische Bildung geht, um das an diesem Beispiel ganz konkret fest zu machen!

Anfang des Jahres sind die Kostenberechnungen so weit, dass sowohl für die **Bernhard-Overberg-Schule** wie auch für die **Buterlandschule** Baubeschlüsse gefasst werden könnten. Angesichts der Haushaltssituation möchte ich aber darüber noch einmal in die Diskussion einsteigen, ohne die Notwendigkeit der Schulneubauten generell zu hinterfragen. Es ist eher die Frage der zeitlichen Perspektive und eventuell möglicher Einsparungen durch eine andere Bauweise: Modulbauten.

Überraschend ist im Oktober hierfür ein besonderes Förderprogramm für Schulen in Modulbauweise in NRW aufgelegt worden. Voraussetzung: Ersatzbau am bisherigen Standort. Mit 80 Prozent ist die Förderquote bei KfW 40 Standard als Anforderung astronomisch gut. Allerdings erhält dieser Topf für ganz NRW lächerliche 42 Millionen Euro und wird nach dem Windhundprinzip vergeben. Daher werden es im Zweifel in ganz NRW nicht mehr als drei Schulen sein und wir werden dort wohl nicht zum Zuge kommen, müssen uns aber grundsätzlich Gedanken machen: sind Einsparungen durch die Modulbauweise möglich?

Wir werden Ihnen für beide Schulen Vorschläge unterbreiten, welche aus unserer Sicht die wirtschaftlichste Lösung für beide Standorte enthalten. Ob und wann wir dann eine oder beide Schulen bauen können, müssen wir gemeinsam entscheiden.

Ein weiteres zentrales Thema bleibt der Neubau der Euregio-Geschäftsstelle.

Hier müssen wir zusätzliche Partner gewinnen, um die finanzielle Last auf mehrere Schultern zu verteilen. Gleichzeitig ist für mich völlig klar: die Euregio braucht dringend einen Neubau der Geschäftsstelle – und ebenso klar ist: die Euregio gehört nach Gronau!

Das ist nicht nur eine Standortfrage, das ist ein Bekenntnis zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zu Europa. Deshalb müssen wir gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden in den Niederlanden, mit dem Kreis, der Bezirksregierung und dem Land tragfähige Lösungen entwickeln.

Hier habe ich gemeinsam mit dem Stadtbaurat die Gespräche aufgenommen, welche aus meiner Sicht leider zu lange geruht haben.

Um es klar zu sagen: Realschule, Gymnasium, Grüne-Aue-Schule, Martin-Luther-Schule, historisches Rathaus und Innenstadtattraktivierung Gronau beanspruchen im Haushaltsentwurf rund 44 Millionen Euro Investitionsmittel und weitere 18 Millionen Verpflichtungsermächtigungen. Diese Projekte sind beschlossen, begonnen und nicht mehr zu stoppen! Bedenken Sie das immer, wenn Sie die Investitionsplanung betrachten und über weitere rund 30 - 40 Millionen Euro Investitionen beschließen wollen.

Ohne entsprechende Einnahmen wird das nicht zu realisieren sein und die Verwaltung ist bereits jetzt an ihrer Belastungsgrenze angekommen und in Teilen sogar darüber hinaus beansprucht, was Überlastungsanzeigen von Mitarbeitenden deutlich machen.

Mehr als in den vergangenen Jahren haben wir gemeinsam im Verwaltungsvorstand im Rahmen der Haushaltsaufstellung daher Überlegungen angestellt, welche Investitionen gestreckt werden können, erst später realisiert werden oder aktuell umgesetzt werden müssen.

Damit leistet die Verwaltung einen ersten Beitrag zur Konsolidierung, wie vom Rat gefordert. Aus diesem Grunde war es auch folgerichtig das Projekt „**Ärztehaus**“ einzustellen und wenn Sie mich fragen, ob ich in naher Zukunft eine Umgehungsstraße in Epe, ein Gebäude auf dem Kurti oder ein saniertes Deilmann-Rathaus sehe, dann kann ich diese Frage klar mit „**Nein!**“ beantworten.

Wie der zeitnahe flächendeckende Ausbau der OGS erfolgen soll - ohne ausreichende Landesfinanzierung - ist mir ein komplettes Rätsel.

Darum begrüße ich auch ausdrücklich die Klageverfahren welche gerade an allen Verwaltungsgerichtsstandorten in NRW gestartet werden. Zu diesem Thema werden wir den Rat in seiner ersten Sitzung im Januar informieren und eine gemeinsame Vorgehensweise vorschlagen.

Gut sieht es in Gronau und Epe für den Bereich der **frühkindlichen Bildung** aus.

Die Bauvorhaben **Kita Dinkelnest** und **Kita Markenfort** sind an den Start gebracht. Die Baugenehmigungen liegen vor, der Baubeginn für beide Einrichtungen kann erfolgen.

Die verzögerten Arbeiten an der **Kita-Luise** werden im nächsten Jahr abgeschlossen sein.

Zur **Kita Haus Buterland** wird der Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Entscheidungen treffen müssen. Das Thema der notwendigen Erweiterung um einen Mehrzweckraum ist bekannt. Allerdings haben sich jetzt weitere bauliche Fragen ergeben, die eine grundsätzlich neue Entscheidung erfordern, welche gemeinsam mit der Frage **Buterlandschule** beantwortet werden sollten.

Neben den **Tiefbaumaßnahmen aus den diversen Straßenprogrammen** liegt der Schwerpunkt in der weiteren Zusammenarbeit mit dem **Landesbetrieb in Coesfeld** und dem **Kreis Borken**.

Nach Abschluss der Maßnahmen an der Steinfurter Straße / Kreuzung Marie-Curie-Straße und Ochtruper Straße rückt die Kreuzung An der Eßseite / Düppelstraße und Ochtruper Straße in den Fokus von Landesbetrieb und Stadt. Der Kreis wird Abschnitte der Heerwegs modernisieren. Und gemeinsam mit den Kreisen Steinfurt und Borken sowie der Geemende Enschede und der Stadt Ochtrup gibt es einen Vorstoß für den Radweg von Gronau bis Ochtrup entlang der L 510 als Lückenschluss für den Radschnellweg F 35 auf deutscher Seite.

Der **zweite Bauabschnitt der Ochtruper Straße** mit dem Stauraumkanal von rund 5.000 cbm liegt sehr gut im Zeitplan. Geduld dagegen müssen die Anlieger am **Dörmannplatz / Neustraße** rund um die **Evangelische Kirche** und am **Theodor-Heuss-Platz** haben.

Zeitgleich haben die Bauarbeiten für den **3. und 4. Abschnitt der Innenstadtsanierung** begonnen. Nachdem die Versorger und das Abwasserwerk voran gegangen sind, stehen jetzt die Freianlagen an. Voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres sind dann die vier Abschnitte der Innenstadtsanierung - für die wir Städtebaufördermittel erhalten - umgesetzt.

Nach langer Bauzeit und Einschränkungen für die Bürgerschaft sind wir damit dann aber auch in diesem Bereich sehr gut für die Zukunft aufgestellt.

Mit dem Planungsrecht für die **Baugebiete Steenkuhle, Pfarrer-Reukes-Straße** und **Markenfort** steht das **Baurecht für rund 550 Wohnungen** zur Verfügung.

Dies ist ein erster Schritt dem Mangel an Wohnraum, den die Pestel-Studie allein für Gronau auf 1.100 Wohnungen beziffert hat, zu begegnen. Die Vermarktung Markenfort ist gestartet und für die Pfarrer-Reukes-Straße hoffen die Beteiligten auf Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau. Leider ist dieser im Kreis Borken bis zu 15-fach überzeichnet, was die Aussicht auf bezahlbaren Wohnraum sichtlich trübt. Investoren gibt es genug, nur leider reichen die Fördermittel nicht aus.

Für Epe wird die dringlichste Aufgabe sein, das verabschiedete **ISEK Epe** und die damit einhergehenden Fördervoraussetzungen für Städtebaumittel in Epe für das **Germania Areal** und den **Eper Park** einzuwerben und diese Entwicklung voranzubringen, auch um Einnahmen über den Verkauf der Germania sowie die Veräußerung von Wohnbauflächen zu generieren.

Es freut mich sehr, dass im Sommer die **Synagoge** als **Haus Lebenstein** eröffnet werden kann. Als Ort der Mahnung, Erinnerung und Kultur wird er die Stadt bereichern, ebenso wie die neue Sportanlage in den Bülden für FC Epe und den Turnverein Epe.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Thema ansprechen, welches mich aber auch die gesamte Stadt umtreibt - es handelt sich dabei um die Zergliederung unserer Verwaltung!

Hand aufs Herz: nicht einmal Sie als Ratsmitglieder können immer unfallfrei erklären, welches Amt und welche Dienstleistung der Stadtverwaltung eigentlich an welchem Ort zu finden ist. Nicht einmal ich als Bürgermeister kann das, zumindest nicht nach sechs Wochen im Amt. Diese Zersplitterung ist nicht nur ein Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger, sie hemmt auch die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und sie kostet Effizienz, zerstört den Teamgeist, erzeugt Reibungs- und Schnittstellenverluste und erhöht die Fehlerquote.

Wir müssen dieses Problem ein für alle Mal lösen, oder wir werden große Schwierigkeiten bekommen, um die Stadt weiter voran zu bringen!

Es wird uns gar nichts helfen, all die Bauprojekte zu beschließen um für gute Bildung, Wohnraum, eine funktionierende Infrastruktur und Stadtentwicklung zu sorgen, wenn wir hier nicht schnell und verlässlich gegensteuern.

Meiner Meinung nach liegt der Schlüssel dazu in der Frage Deilmann-Rathaus und „**Hertieloch**“. Darum werde ich im Januar die nächste Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe „**Strategische Entwicklung**“ einberufen, um gemeinsam mit den Fraktionsspitzen diese Frage zu erörtern und einen Fahrplan für das weitere Vorgehen festzulegen.

Dabei ist mir ein Punkt besonders wichtig: unsere Stadtverwaltung hat viele sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – engagiert, kompetent und bürgernah.

Es geht hier ganz ausdrücklich nicht um Kritik an den Menschen, sondern um die Strukturen. Diese Strukturen sind nach meinem ersten Eindruck, welchen ich bis jetzt gewinnen konnte, seit der Amtszeit von Bürgermeister Holtwisch nicht konsequent genug weiterentwickelt worden.

Wenn wir die Zusammenarbeit verbessern, versteckte Potenziale hervorholen und Hemmnisse und Barrieren abbauen, dann wird unsere Stadtverwaltung deutlich schlagkräftiger werden. Und „**Ja!**“: aus meiner Sicht wird das mittelfristig auch zu einer dauerhaften Senkung von Kosten führen und zwar nachhaltig!

Ich bin der festen Überzeugung, die nächsten Jahre werden maßgeblich darüber entscheiden, ob Gronau lebenswert, gerecht und zukunftsfest bleibt.

Darum lade ich alle Fraktionen hier im Rat und die Bürgerschaft ein, unsere Stadt gemeinsam zu gestalten – mit Offenheit und Vertrauen, mit Zuversicht und mit dem Mut, auch unbürokratisch neue Wege zu gehen!

Dieser Weg wird nicht leicht sein, aber ich freue mich auf die Herausforderung und weiß, dass wir alle hier in Gronau und Epe das Zeug dazu haben „**das Ding zu rocken**“ wie ein bekannter Sohn der Stadt sagen würde.

Zum Ende bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes für die – wenn auch bisher kurze – aber sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit, bei den Mitarbeitenden der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltes, bei allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und des Konzerns Gronau für die geleistete Arbeit im Jahr 2025 und Ihnen allen für Ihren Einsatz für die Stadt Gronau.

Vielen Dank!

Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister Gronau (Westf.)